

Bundesgesetzblatt ³²⁹

Teil II

G 1998

2014

Ausgegeben zu Bonn am 14. Mai 2014

Nr. 12

Tag	Inhalt	Seite
8. 5. 2014	Gesetz zu dem Abkommen vom 8. April 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über Soziale Sicherheit FNA: neu: 826-2-61 GESTA: XG001	330
3. 4. 2014	Bekanntmachung des deutsch-kirgisischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	350
8. 4. 2014	Bekanntmachung über die vorläufige Anwendung des Vertrages über den Waffenhandel	353
8. 4. 2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über sichere Container (CSC)	354
8. 4. 2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 2000 über Vorsorge, Bekämpfung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verschmutzung durch gefährliche und schädliche Stoffe	354
10. 4. 2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika	355
10. 4. 2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Ausübung von Kinderrechten	355
11. 4. 2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zweiten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe	356
15. 4. 2014	Bekanntmachung des deutsch-nicaraguanischen Abkommens über die freie Ausübung einer Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen des Personals einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung	356
15. 4. 2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Bergung	359
16. 4. 2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht	359
16. 4. 2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels	360

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 8. April 2013
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Östlich des Uruguay
über Soziale Sicherheit**

Vom 8. Mai 2014

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Berlin am 8. April 2013 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über Soziale Sicherheit,
2. der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 8. April 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über Soziale Sicherheit (Durchführungsvereinbarung).

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens sowie Änderungen der in Artikel 1 Nummer 2 genannten Durchführungsvereinbarung in Kraft zu setzen und die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Regelungen zu treffen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den mit der Durchführung des Abkommens befassten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer im Abkommen genannter Stellen und Behörden.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Absatz 2 und die Durchführungsvereinbarung nach ihrem Artikel 8 Absatz 1 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 8. Mai 2014

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin
für Arbeit und Soziales
Andrea Nahles

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Östlich des Uruguay
über Soziale Sicherheit**

**Convenio
de Seguridad Social
entre la República Federal de Alemania
y la República Oriental del Uruguay**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Östlich des Uruguay
im Folgenden „Vertragsstaaten“ genannt –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

**Teil I
Allgemeine Bestimmungen**

**Artikel 1
Begriffsbestimmungen**

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Begriffe

1. „Hoheitsgebiet“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,
in Bezug auf die Republik Östlich des Uruguay
das Hoheitsgebiet der Republik Östlich des Uruguay;
2. „Staatsangehöriger“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
in Bezug auf die Republik Östlich des Uruguay
einen Uruguayer im Sinne der Verfassung der Republik Östlich des Uruguay;
3. „Rechtsvorschriften“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen,
in Bezug auf die Republik Östlich des Uruguay
die Verfassung, Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen;
4. „zuständige Behörde“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

La República Federal de Alemania
y

la República Oriental del Uruguay
en adelante denominadas “los Estados Contratantes”

animadas por el deseo de regular las relaciones recíprocas en el ámbito de la Seguridad Social,

han convenido lo siguiente:

**Título I
Disposiciones generales**

**Artículo 1
Definiciones**

(1) A los efectos del presente Convenio, los términos tienen el siguiente significado:

1. “Territorio”
respecto a la República Federal de Alemania,
el territorio de la República Federal de Alemania,
respecto a la República Oriental del Uruguay,
el territorio de la República Oriental del Uruguay;
2. “Nacional”
respecto a la República Federal de Alemania,
un ciudadano alemán conforme a la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania,
respecto a la República Oriental del Uruguay,
un ciudadano uruguayo conforme a la Constitución de la República Oriental del Uruguay;
3. “Legislación”
respecto a la República Federal de Alemania,
las leyes, reglamentos y demás normas que se refieren a los sistemas y regímenes de Seguridad Social en el ámbito de aplicación material del presente Convenio,
respecto a la República Oriental del Uruguay,
la Constitución, las leyes, reglamentos y demás normas que se refieren a los sistemas y regímenes de Seguridad Social en el ámbito de aplicación material del presente Convenio;
4. “Autoridad competente”
respecto a la República Federal de Alemania,

das Bundesministerium für Arbeit und Soziales,
in Bezug auf die Republik Östlich des Uruguay

das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit oder die von ihm beauftragte Bank für Sozialvorsorge;

5. „Verbindungsstellen“

die in Artikel 19 Absatz 2 dieses Abkommens genannten Stellen;

6. „Träger“

eine Stelle, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften obliegt;

7. „Versicherungszeiten“

Beitragszeiten und Beschäftigungszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften anerkannte Zeiten, die anzurechnen sind;

8. „Rente“ oder „Geldleistung“

eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen;

9. „gewöhnlicher Aufenthalt“ oder „sich gewöhnlich aufhalten“

der Ort des nicht nur vorübergehenden tatsächlichen Aufenthalts oder sich nicht nur vorübergehend tatsächlich aufhalten.

(2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über die
 - a) Rentenversicherung,
 - b) hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
 - c) Alterssicherung der Landwirte,
2. auf die uruguayischen Rechtsvorschriften über die beitragsabhängigen Rentensysteme.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung dieses Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für alle Personen, für die die Rechtsvorschriften eines der beiden oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten, sowie für andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von diesen Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen die vom persönlichen Geltungsbereich erfassten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

el Ministerio Federal de Trabajo y Asuntos Sociales,
respecto a la República Oriental del Uruguay,

el Ministerio de Trabajo y Seguridad Social o el Banco de Previsión Social por delegación de aquél;

5. “Organismos de enlace”

los organismos mencionados en el artículo 19 párrafo 2 del presente Convenio;

6. “Institución gestora”

organismo responsable de la ejecución de la legislación relativa al ámbito de aplicación material del presente Convenio;

7. “Períodos de seguro”

todo período de cotización y de empleo definido como tal por la legislación bajo la cual este período se haya cumplido, así como cualquier período reconocido por dicha legislación, que deba computarse;

8. “Prestación de pasividad” o “prestación dineraria”

toda jubilación, pensión u otra prestación en dinero, incluyendo suplementos, subsidios e incrementos;

9. “Residencia habitual” o “residir habitualmente”

el lugar de residencia efectiva y no temporaria, o residir en forma efectiva y no temporalmente.

(2) Los demás términos utilizados tienen el significado que les atribuye la legislación aplicable en cada Estado Contratante.

Artículo 2

Ámbito de aplicación material

(1) El presente Convenio se refiere

1. a la legislación alemana sobre
 - a) el seguro de jubilaciones y pensiones,
 - b) el seguro complementario de los obreros siderúrgicos,
 - c) el seguro de vejez de los agricultores,
2. a la legislación uruguaya sobre los sistemas de jubilaciones y pensiones contributivas.

(2) Si según la legislación de un Estado Contratante se cumplen además de las condiciones para la aplicación del presente Convenio, también las condiciones para la aplicación de otro Convenio o de una regulación supraestatal, la institución gestora de este Estado Contratante al aplicar el presente Convenio no considerará el otro Convenio o la regulación supraestatal.

Artículo 3

Ámbito de aplicación personal

En cuanto el presente Convenio no disponga lo contrario, será aplicable a todas las personas que se encuentren o se hubieran encontrado sometidas a la legislación de uno o ambos Estados Contratantes así como a los titulares de derechos derivados de dichas personas.

Artículo 4

Igualdad de trato

En cuanto el presente Convenio no disponga lo contrario, las personas comprendidas en el ámbito de aplicación personal del mismo, que residan habitualmente en el territorio de uno de los Estados Contratantes, tendrán los mismos derechos que la legislación de cada Estado Contratante prevé para sus nacionales.

Artikel 5**Gleichstellung des gewöhnlichen Aufenthalts**

(1) Einschränkende Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen, das Erbringen von Leistungen oder die Zahlung von Leistungen vom gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, gelten nicht für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und für andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats ableiten, bei gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines Drittstaats und anderen Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von den oben genannten Personen ableiten, unter denselben Voraussetzungen gezahlt wie den Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats, die im Hoheitsgebiet eines Drittstaats ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Teil II

Anzuwendende Rechtsvorschriften

Artikel 6**Allgemeine Bestimmungen**

(1) Sofern dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten für eine abhängig beschäftigte Person ausschließlich die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie die Beschäftigung tatsächlich ausübt.

(2) Für eine Person, die gewöhnlich an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge eines Vertragsstaats führt, eine abhängige Beschäftigung ausübt, gelten die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats.

(3) Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für eine selbstständig erwerbstätige Person.

Artikel 7**Entsendungen**

(1) Wird eine abhängig beschäftigte Person, die gewöhnlich in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von ihrem Arbeitgeber, der im Entsendestaat gewöhnlich eine nennenswerte Geschäftstätigkeit ausübt, in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine im Voraus zeitlich begrenzte Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten für die Dauer von längstens 24 Monaten der Entsendung allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so weiter, als wäre sie noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

(2) Absatz 1 gilt für eine erneut in den anderen Vertragsstaat entsandte Person nur dann, wenn diese Entsendung im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses mit einem anderen Arbeitgeber erfolgt oder zwischen dem Ende des letzten Entsendezeitraums und der erneuten Entsendung mehr als 12 Monate liegen.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für eine selbstständig erwerbstätige Person.

Artikel 8**Diplomatische Missionen und konsularische Vertretungen**

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Anwendung des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen und des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen.

Artículo 5**Equiparación de la residencia habitual**

(1) Si existiera una legislación restrictiva de un Estado Contratante, según la cual el derecho, la obtención o el pago de prestaciones, dependiera de la residencia habitual en el territorio de ese Estado Contratante, esta no será aplicable para los nacionales de los Estados Contratantes ni para titulares de derechos derivados de un nacional de un Estado Contratante que residan habitualmente en el territorio del otro Estado Contratante.

(2) Las prestaciones otorgadas conforme a la legislación de un Estado Contratante serán abonadas a los nacionales del otro Estado Contratante que residan habitualmente en el territorio de un tercer Estado, y a titulares de derechos derivados de ellos, bajo las mismas condiciones que a los nacionales del primer Estado Contratante que residan habitualmente en el territorio de un tercer Estado.

Título II

Legislación Aplicable

Artículo 6**Disposiciones generales**

(1) Salvo que el presente Convenio disponga lo contrario, la persona que desempeña una actividad laboral en relación de dependencia se encontrará exclusivamente sujeta a la legislación del Estado Contratante en cuyo territorio ejerza efectivamente dicha actividad.

(2) A una persona que ejerce habitualmente una actividad en relación de dependencia en un buque de alta mar que enarbore la bandera de uno de los Estados Contratantes, se aplicará la legislación de ese Estado Contratante.

(3) Los párrafos 1 y 2 son aplicables análogamente al trabajador no dependiente.

Artículo 7**Traslados**

(1) La persona que desempeña habitualmente una actividad laboral en relación de dependencia en un Estado Contratante y sea trasladada en el ámbito de esta actividad por su empleador, al territorio del otro Estado Contratante para prestar para este empleador servicios de carácter temporal por un período predefinido, siempre que el empleador ejerza regularmente una actividad económica significativa en el Estado de origen, continuará sujeta hasta un máximo de 24 meses de traslado, exclusivamente a la legislación del primer Estado Contratante, como si aún estuviera trabajando en el territorio del mismo.

(2) El párrafo 1 rige para una persona que es trasladada nuevamente al otro Estado Contratante, solo cuando el traslado se realiza en el marco de una relación laboral con otro empleador o si han pasado 12 meses entre el fin del último y el inicio del nuevo período de traslado.

(3) El párrafo 1 es aplicable análogamente al trabajador no dependiente.

Artículo 8**Misiones Diplomáticas y Representaciones Consulares**

(1) El presente Convenio no afecta la aplicación de la Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas, del 18 de abril de 1961, ni la de la Convención de Viena sobre las Relaciones Consulares, del 24 de abril de 1963.

(2) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von einer diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats oder einem Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für ihn grundsätzlich die Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaats. Innerhalb der ersten 6 Monate nach Aufnahme der Beschäftigung oder nach Inkrafttreten dieses Abkommens kann er jedoch die Anwendung der Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats wählen, die für die Dauer der Beschäftigung so gelten, als wäre er dort beschäftigt. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären.

(3) Soweit die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem die Beschäftigung tatsächlich ausgeübt wird, anzuwenden sind, sind vom Arbeitgeber die dem örtlichen Arbeitgeber nach den genannten Rechtsvorschriften obliegenden Verpflichtungen einzuhalten.

Artikel 9

Ausnahmevereinbarungen

(1) Auf gemeinsamen Antrag einer abhängig beschäftigten Person und ihres Arbeitgebers oder auf Antrag einer selbstständig erwerbstätigen Person können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen Ausnahmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die anzuwendenden Rechtsvorschriften vereinbaren. Voraussetzung hierfür ist, dass die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Bei der Entscheidung sind die Art und die Umstände der Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen.

(2) Der Antrag ist in dem Vertragsstaat zu stellen, dessen Rechtsvorschriften gelten sollen.

Teil III

Besondere Bestimmungen

Artikel 10

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Die Dauer der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(2) Setzt der Leistungsanspruch bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 11

Besonderheiten für die Bundesrepublik Deutschland

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben. In der Alterssicherung der Landwirte ist die Steigerungszahl die Grundlage für die Berechnung der Rente.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung im Ermessen eines Trägers liegt.

(2) Si un nacional de un Estado Contratante es contratado por una Misión Diplomática u Oficina Consular de éste o por un funcionario de una Misión Diplomática u Oficina Consular de este Estado Contratante en el territorio del otro Estado Contratante quedará sujeto, en principio, a la legislación del Estado donde ejerce la actividad laboral. Sin embargo podrá optar, dentro del plazo de los 6 primeros meses después del comienzo de la actividad laboral o después de la entrada en vigencia del presente Convenio, por la aplicación de la legislación del primer Estado Contratante, la que regirá durante el ejercicio de la actividad como si el nacional allí estuviera trabajando. La opción deberá ser comunicada al empleador.

(3) En cuanto sea aplicable la legislación del Estado Contratante en cuyo territorio es ejercida efectivamente la actividad laboral, el empleador deberá cumplir las mismas obligaciones resultantes de la respectiva legislación a las que están obligados a cumplir los empleadores locales.

Artículo 9

Acuerdos sobre excepciones

(1) Ante solicitud conjunta de una persona que desempeña una actividad laboral en relación de dependencia y de su empleador o ante solicitud de un trabajador no dependiente, las autoridades competentes de los Estados Contratantes o los organismos designados por ellos podrán – por consentimiento mutuo – acordar excepciones a las disposiciones del presente Convenio sobre la legislación aplicable. Condición previa para esto es que la respectiva persona siga estando o quede sujeta a la legislación de uno de los Estados Contratantes. Al tomar la decisión se deberán tener en cuenta el tipo y las circunstancias de la actividad laboral y económica.

(2) La solicitud debe ser presentada en el Estado Contratante cuya legislación deberá regir.

Título III

Disposiciones específicas

Artículo 10

Totalización de períodos de seguro y cálculo de la prestación de pasividad

(1) Para el acceso al derecho a las prestaciones conforme a la legislación aplicable también serán considerados los períodos de seguro computables según la legislación del otro Estado Contratante, siempre que no se superpongan. La duración de los períodos de seguro que deban considerarse estará sujeta a la legislación del Estado Contratante según la cual fueron cumplidos.

(2) Si el derecho a las prestaciones tiene como condición períodos de seguro con determinadas características, solamente serán considerados los períodos de seguro equiparables, cumplidos bajo la legislación del otro Estado Contratante.

(3) El cálculo de la prestación de pasividad se regirá por la legislación aplicable de cada Estado Contratante, salvo disposición contraria del presente Convenio.

Artículo 11

Particularidades para la República Federal de Alemania

(1) La base para el cálculo de la puntuación personal son los puntos jubilatorios adquiridos bajo la legislación alemana. Para el seguro de vejez de los agricultores, el cálculo de la prestación de pasividad se basa en la cifra de aumento.

(2) La disposición sobre la totalización de los períodos de seguro se aplicará también a las prestaciones que sean concedidas discrecionalmente por una institución gestora.

(3) Nach den uruguayischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten werden in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind. Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften Voraussetzung für den Anspruch, dass ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, so berücksichtigt der deutsche Träger die nach den uruguayischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, während derer gleichartige Tätigkeiten verrichtet worden sind.

(4) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Rechtsvorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den uruguayischen Rechtsvorschriften oder vergleichbare Tatbestände in der Republik Östlich des Uruguay berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrenten oder Leistungen wegen Krankheit, Schwangerschaft, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den uruguayischen Rechtsvorschriften gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in der Republik Östlich des Uruguay.

(5) Die nach der Bestimmung über die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur mit ihrer tatsächlichen Dauer berücksichtigt.

(6) Soweit in der Alterssicherung der Landwirte die Gewährung bestimmter Leistungen davon abhängt, dass Versicherungszeiten im Sondersystem für Landwirte zurückgelegt worden sind, werden für die Gewährung dieser Leistungen die nach uruguayischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten nur dann berücksichtigt, wenn sie während einer Tätigkeit als selbstständiger Landwirt zurückgelegt worden sind.

Artikel 12

Besonderheiten für die Republik Östlich des Uruguay

(1) Die Leistungen werden im solidarischen Rentensystem zwischen den Generationen gewährt; gegebenenfalls sind Leistungen aus dem individuellen Kapitaldeckungssystem hinzuzurechnen.

(2) Der uruguayische Träger stellt den Anspruch des Berechtigten fest und führt eine Rentenberechnung sowohl unter ausschließlicher Berücksichtigung der uruguayischen Versicherungszeiten als auch unter Berücksichtigung der Versicherungszeiten durch, die in beiden Vertragsstaaten zurückgelegt wurden.

(3) Der uruguayische Träger rechnet die eigenen Versicherungszeiten mit den nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zusammen und wendet folgende Regeln für die Berechnung des zu zahlenden Betrages an:

- a) Der Träger bestimmt die Höhe der Leistung, auf die der Berechtigte Anspruch hätte, als ob alle anrechenbaren zusammengerechneten Versicherungszeiten nach seinen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden wären (theoretische Rente).
- b) Der Träger legt den Leistungsbetrag auf der Grundlage der nach seinen Rechtsvorschriften berechneten theoretischen Rente entsprechend dem Verhältnis zwischen den nach uruguayischen Rechtsvorschriften zurückgelegten und anrechenbaren Versicherungszeiten und der Gesamtheit der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten und anrechenbaren Versicherungszeiten fest (Prorata-Leistung).

(3) Los períodos de seguro cumplidos conforme a la legislación uruguaya serán tomados en consideración por el seguro de jubilaciones y pensiones de la minería en caso de que el asegurado los haya cumplido en la parte subterránea de una mina. Si para la legislación alemana fuera condición para obtener derecho a la prestación que el trabajo haya sido llevado a cabo de forma continua en la parte subterránea de la mina o en otro trabajo equiparable, la institución gestora alemana tendrá en consideración los períodos de seguro cumplidos conforme a la legislación uruguaya durante los cuales hayan sido ejercidas actividades equivalentes.

(4) Si el derecho a las prestaciones tuviese como condición, conforme a la legislación alemana, que determinados períodos de seguro hayan sido cumplidos en un determinado espacio de tiempo, y si la legislación previese además que este espacio de tiempo pueda prolongarse en virtud de determinados hechos o períodos de seguro, para esta prolongación se considerarán también períodos de seguro cumplidos bajo la legislación uruguaya o hechos equiparables ocurridos en la República Oriental del Uruguay. Son hechos equiparables los períodos durante los cuales fueron pagadas, conforme a la legislación uruguaya, prestaciones de pasividad por vejez o invalidez o subsidios de enfermedad o de embarazo, asignaciones por maternidad, subsidios de desempleo o prestaciones derivadas de accidentes de trabajo (con excepción de prestaciones de pasividad), así como períodos dedicados al cuidado de un niño en la República Oriental del Uruguay.

(5) Los períodos de seguro que deban considerarse a los efectos de la disposición sobre la totalización de períodos de seguro serán considerados solamente en su duración efectiva.

(6) Si el otorgamiento de determinadas prestaciones del seguro de vejez de los agricultores depende del cumplimiento de períodos de seguro dentro del sistema especial para agricultores, los períodos de seguro cumplidos bajo la legislación uruguaya solamente serán considerados para el otorgamiento de estas prestaciones si fueron cumplidos durante el ejercicio de una actividad de agricultor independiente.

Artículo 12

Particularidades para la República Oriental del Uruguay

(1) Las prestaciones serán concedidas dentro del sistema de jubilación por solidaridad intergeneracional y cuando correspondiere, se adicionarán las prestaciones en el sistema de capitalización individual.

(2) La institución gestora uruguaya determinará el derecho del beneficiario y calculará la prestación de pasividad tanto teniendo en cuenta únicamente los períodos de seguro uruguayos como también teniendo en cuenta los períodos de seguro cumplidos en ambos Estados Contratantes.

(3) La institución gestora uruguaya al totalizar con los propios los períodos de seguro cumplidos bajo la legislación alemana, aplicará las siguientes reglas para el cálculo de la cuantía a pagar:

- a) La institución gestora determinará la cuantía de la prestación a la cual el beneficiario hubiera tenido derecho, como si todos los períodos de seguro acreditables totalizados hubieran sido cumplidos bajo su legislación (prestación de pasividad teórica).
- b) La institución gestora establecerá el importe de la prestación aplicando a la prestación de pasividad teórica, calculada según su legislación, la misma proporción existente entre el período de seguro acreditable cumplido bajo la legislación uruguaya y la totalidad de los períodos de seguro acreditables cumplidos en ambos Estados Contratantes (prestación a prorrata).

(4) Nach der Festlegung der Ansprüche gemäß den Bestimmungen in den Absätzen 2 und 3 bewilligt und zahlt der uruguayische Träger die für den Berechtigten günstigste Leistung, unabhängig von der vom deutschen Träger getroffenen Entscheidung.

(5) Wenn die uruguayischen Rechtsvorschriften zur Anerkennung des Leistungsanspruchs erfordern, dass Versicherungszeiten in einem bestimmten Zeitraum unmittelbar vor dem Leistungsfall zurückgelegt worden sind, gilt diese Voraussetzung als erfüllt, wenn unmittelbar vor dem Leistungsfall vergleichbare Versicherungszeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind.

Teil IV

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1 Amtshilfe

Artikel 13

Amtshilfe und ärztliche Untersuchungen

(1) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos. Die Inanspruchnahme kostenpflichtiger Leistungen Dritter erfordert die vorherige Zustimmung der ersuchenden Stelle.

(2) Die Hilfe umfasst auch ärztliche Untersuchungen im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs dieses Abkommens. Sie ist kostenlos soweit die ärztlichen Untersuchungen im Interesse der Träger beider Vertragsstaaten erfolgen. Liegen die ärztlichen Untersuchungen ausschließlich im Interesse des ersuchenden Trägers, gehen die Kosten zu dessen Lasten.

Artikel 14

Anerkennung vollstreckbarer Bescheide

(1) Die vollstreckbaren Bescheide der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs dieses Abkommens werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaats widerspricht, in dem der Bescheid anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Bescheide werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll.

(4) Forderungen von Trägern eines Vertragsstaats aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Insolvenz- und Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats.

Artikel 15

Gebühren und Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Verwaltungsgebühren einschließlich Konsulargebühren sowie die Erstattung von Auslagen für Dokumente, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Dokumente, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkom-

(4) Determinados los derechos conforme se establece en los párrafos 2 y 3, la institución gestora uruguaya aprobará y abonará la prestación que sea más favorable al beneficiario, independientemente de la resolución adoptada por la institución gestora alemana.

(5) Si para el reconocimiento del derecho a la prestación, la legislación uruguaya exige que se hayan cumplido períodos de seguro en un tiempo determinado inmediatamente anterior al hecho causante que da origen a la prestación, esta condición se considerará cumplida si períodos de seguro equiparables, fueron cumplidos según la legislación alemana en el período inmediatamente anterior al hecho causante.

Título IV

Disposiciones diversas

Capítulo 1 Cooperación administrativa

Artículo 13

Cooperación administrativa y reconocimiento médico

(1) Las instituciones gestoras y autoridades de los Estados Contratantes se prestarán recíprocamente sus buenos oficios, al ejecutar el presente Convenio y la legislación incluida en el ámbito material del Convenio, como si se tratara de la aplicación de su propia legislación. Esta ayuda mutua será gratuita. La utilización de servicios de terceros que generen costos requerirá el consentimiento previo del organismo solicitante.

(2) La ayuda englobará igualmente el reconocimiento médico en el ámbito de aplicación material del presente Convenio. Cuando el reconocimiento médico fuera realizado en interés de las instituciones gestoras de ambos Estados Contratantes la ayuda será gratuita. Cuando el reconocimiento médico fuera realizado en interés exclusivo de la institución gestora solicitante, los costos serán de su cargo.

Artículo 14

Reconocimiento de resoluciones ejecutables

(1) Las resoluciones ejecutables de las instituciones gestoras o de las autoridades de un Estado Contratante sobre cotizaciones u otras demandas relativas al ámbito de aplicación material del presente Convenio serán reconocidas por el otro Estado Contratante.

(2) Solo se podrá negar el reconocimiento cuando sean contrarias al orden público del Estado Contratante en el cual debiera ser reconocida la resolución.

(3) Las resoluciones ejecutables reconocidas según el párrafo 1, serán ejecutadas en el otro Estado Contratante. El procedimiento de ejecución estará sujeto a la legislación del Estado Contratante en cuyo territorio se deba ejecutar.

(4) Las demandas de instituciones gestoras de un Estado Contratante, referentes a cotizaciones pendientes de pago, tendrán en caso de ejecución forzada, así como en procedimientos concursales en el territorio del otro Estado Contratante, los mismos privilegios que tuvieren las correspondientes demandas en el territorio de este Estado Contratante.

Artículo 15

Tasas y legalización

(1) El beneficio de exenciones o reducciones de impuestos o de tasas administrativas, previsto por la legislación de un Estado Contratante, incluidas las tasas consulares y el reembolso de pagos efectuados por documentos que deban presentarse en aplicación de esta legislación, se extenderá también a los documentos análogos que deban ser presentados en aplicación del presente Convenio o de la legislación del otro Estado Contra-

mens erfassten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats vorzulegen sind.

(2) Dokumente, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 16

Bekanntgabe und Amtssprachen

(1) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können bei der Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren.

(2) Urteile, Beschlüsse, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch einfachen Brief bekannt gegeben oder durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden. Dies gilt auch für Urteile, Beschlüsse, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.

(3) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefasst sind.

Artikel 17

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem Träger des ersten Vertragsstaats gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen, Auskünfte und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen, Auskünfte und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an den Träger des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats, wenn der Antrag erkennen lässt, dass Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zurückgelegt wurden. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche auf Altersrenten aufgeschoben wird.

Artikel 18

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Die empfangende Stelle darf sie nur für diese Zwecke verwenden. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Nutzung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfänger-

tante relativa al ámbito material del presente Convenio.

(2) Los documentos que deban ser presentados en aplicación del presente Convenio o de la legislación de un Estado Contratante relativa al ámbito material de este Convenio, serán dispensados de los requisitos de legalización u otras formalidades semejantes para su presentación ante los organismos del otro Estado Contratante.

Artículo 16

Comunicaciones y lenguas oficiales

(1) Las instituciones gestoras y autoridades de los Estados Contratantes, al aplicar el presente Convenio y la legislación relativa a su ámbito material, estarán habilitados a comunicarse directamente entre sí y con las personas interesadas y sus representantes, utilizando sus lenguas oficiales.

(2) Las sentencias y decisiones judiciales, resoluciones u otros pronunciamientos podrán ser comunicados directamente, por medio de carta simple, o notificadas por medio de carta certificada con acuse de recibo, a una persona que se encuentra en el territorio del otro Estado Contratante. Esto será válido también para las sentencias y decisiones judiciales, resoluciones u otros pronunciamientos de notificación obligatoria, dictados en aplicación de la Ley alemana sobre el Régimen Previsional para las Víctimas de la Guerra y de aquellas leyes que la declaren aplicable al respecto.

(3) Las instituciones gestoras y autoridades de los Estados Contratantes no podrán rechazar ni peticiones ni documentos por estar redactados en la lengua oficial del otro Estado Contratante.

Artículo 17

Equiparación de solicitudes

(1) Las solicitudes de prestaciones presentadas conforme a la legislación de un Estado Contratante ante un organismo del otro Estado Contratante autorizado a recibir solicitudes de prestaciones de este tipo según la legislación a la cual el mismo está sujeto, se considerarán como presentadas ante la institución gestora del primer Estado Contratante. Esto será aplicable análogamente a las demás solicitudes, así como a las declaraciones, informaciones y a los recursos administrativos.

(2) Las solicitudes, declaraciones, informaciones y los recursos administrativos deberán ser enviados diligentemente por el organismo del Estado Contratante ante el cual hubieran sido presentados, a la institución gestora del otro Estado Contratante.

(3) Una solicitud de prestaciones presentada según la legislación de un Estado Contratante también será válida como solicitud de la respectiva prestación conforme a la legislación del otro Estado Contratante, si de la solicitud surgiera que fueron cumplidos períodos de seguro según la legislación del otro Estado Contratante. Esto no se aplicará en el caso de que el interesado solicite expresamente que sea aplazada la determinación de los derechos a prestaciones de pasividad por vejez adquiridos según la legislación del otro Estado Contratante.

Artículo 18

Protección de datos

(1) Cuando, en virtud del presente Convenio, fueran transmitidos datos de carácter personal, serán aplicables las siguientes disposiciones, observándose la legislación vigente para cada uno de los Estados Contratantes:

- a) Los datos podrán ser transmitidos, para la ejecución del presente Convenio y de la legislación aplicable al mismo, a los organismos competentes en el Estado receptor. Los datos solo podrán ser utilizados por el organismo receptor para esta finalidad. El traspaso de esos datos a otros organismos en el Estado receptor o su utilización en el Estado receptor para otros fines estará permitida en el ámbito de las disposi-

staats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

- b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Vertragsstaats nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese Stelle ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.
- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, von dessen Stelle die Auskunft begehrt wird.
- e) Hat eine Stelle des einen Vertragsstaats personenbezogene Daten aufgrund dieses Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle des anderen Vertragsstaats sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind oder nicht hätten übermittelt werden dürfen.
- f) Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.
- g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten zu dokumentieren.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung dieses Abkommens

Artikel 19

Durchführung dieses Abkommens und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften.

ciones legales de ese Estado, si dicho traspaso sirviera para fines de protección social, inclusive para procedimientos judiciales relacionados a ésta. La utilización de los datos además es admisible para prevenir e investigar delitos relevantes o para defenderse contra peligros significativos para la seguridad pública.

- b) El organismo receptor informará, previa solicitud, al organismo emisor sobre el uso de los datos transmitidos y sobre los resultados logrados con ello.
- c) El organismo emisor está obligado a cuidar de la exactitud de los datos a transmitir, así como de la necesidad y la proporcionalidad en cuanto al objetivo perseguido por la transmisión. En todo caso deberán respetarse las prohibiciones de transmisión vigentes según el respectivo derecho nacional. Los datos no serán transmitidos cuando el organismo emisor tenga razones para creer que con la transmisión se infringiría el propósito de una ley nacional o que intereses susceptibles de protección de los interesados podrían ser perjudicados. Si se demostrara que han sido transmitidos datos incorrectos o datos que según el derecho del Estado Contratante emisor no deberían haber sido transmitidos, deberá informarse inmediatamente al organismo receptor. Este organismo está obligado a corregir o borrar los datos sin demora.
- d) Previa solicitud, se deberá informar al interesado sobre los datos personales transmitidos sobre su persona, así como sobre el objetivo de uso previsto. Por lo demás, el derecho del interesado a recibir información sobre los datos existentes sobre su persona se regirá por el derecho interno del Estado Contratante de cuyo organismo se solicite la información.
- e) Si un organismo de un Estado Contratante ha transmitido datos personales sobre la base de este Convenio, el organismo receptor del otro Estado Contratante, en el marco de su responsabilidad conforme al derecho nacional, no podrá alegar para su exculpación ante el perjudicado que los datos transmitidos eran incorrectos o que no deberían haber sido transmitidos.
- f) Los datos personales transmitidos deberán ser eliminados en cuanto ya no sean necesarios para el objetivo para el cual fueron transmitidos y no haya razones para suponer que por medio de la anulación sean perjudicados intereses susceptibles de protección del interesado en el ámbito de la protección social.
- g) El organismo emisor y el organismo receptor estarán obligados a documentar la transmisión y la recepción de datos personales.
- h) El organismo emisor y el organismo receptor estarán obligados a proteger efectivamente los datos transmitidos contra acceso, modificación y divulgación no autorizados.

(2) Las disposiciones del párrafo 1 serán aplicables análogamente a secretos industriales y comerciales.

Capítulo 2

Implementación e interpretación del presente Convenio

Artículo 19

Implementación del presente Convenio y organismos de enlace

(1) Los Gobiernos o las autoridades competentes podrán acordar sobre los arreglos necesarios para la implementación del presente Convenio. Las autoridades competentes se comunicarán entre sí sobre modificaciones y enmiendas, aplicables a ellas, de la legislación relativa al ámbito material del presente Convenio.

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden folgende Verbindungsstellen bestimmt:

1. in der Bundesrepublik Deutschland

- a) für die Rentenversicherung
die Deutsche Rentenversicherung Rheinland, Düsseldorf,

die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin,

die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum,
- b) für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung

die Deutsche Rentenversicherung für das Saarland, Saarbrücken,
- c) für die Alterssicherung der Landwirte

die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel,
- d) soweit die gesetzlichen Krankenversicherungsträger an der Durchführung dieses Abkommens beteiligt sind,

der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn;

2. in der Republik Östlich des Uruguay

Banco de Previsión Social (Bank für Sozialvorsorge), Montevideo.

(3) Bei der Zuordnung zu einem Regionalträger innerhalb der Deutschen Rentenversicherung ist die Deutsche Rentenversicherung Rheinland, Düsseldorf, für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

1. Versicherungszeiten nach den deutschen und den uruguayischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anzurechnen sind oder
2. die berechtigte Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Östlich des Uruguay hat oder
3. die berechtigte Person als uruguayische Staatsangehörige ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der Vertragsstaaten hat.

Dies gilt für Leistungen zur Teilhabe nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(4) Die Verbindungsstellen werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Erstattung und die Zahlung von Geldleistungen sowie die Einrichtung eines maschinellen Sterbedatenabgleichs zwischen beiden Vertragsstaaten.

(5) Absatz 4 gilt entsprechend für die nach Artikel 9 dieses Abkommens von den zuständigen Behörden bezeichneten Stellen.

(2) Para la implementación del presente Convenio se designan los siguientes organismos de enlace:

1. en la República Federal de Alemania,

- a) para el seguro de jubilaciones y pensiones,

Deutsche Rentenversicherung Rheinland (Seguro de Pensiones Alemán de Renania), Düsseldorf,

Deutsche Rentenversicherung Bund (Seguro de Pensiones Alemán – Nacional), Berlín,

Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (Seguro de Pensiones Alemán de los Mineros, Ferroviarios y Marineros), Bochum,
- b) para el seguro complementario de los obreros siderúrgicos,

Deutsche Rentenversicherung für das Saarland (Seguro de Pensiones Alemán para el Estado Federado del Sarre), Saarbrücken,
- c) para el seguro de vejez de los agricultores,

Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (Seguro Social de la Agricultura, Silvicultura y Horticultura), Kassel,
- d) en caso de que las instituciones de seguro de salud obligatorio estén involucradas en la implementación del presente Convenio,

Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), (Federación Nacional de las Cajas de Seguro Obligatorio de Enfermedad, Organismo de Enlace Alemán del Seguro de Enfermedad – Extranjero), Bonn;

2. en la República Oriental del Uruguay,

Banco de Previsión Social, Montevideo.

(3) Cuando se atribuyan las competencias a una institución regional dentro del Seguro de Pensiones Alemán, el Deutsche Rentenversicherung Rheinland (Seguro de Pensiones Alemán de Renania), Düsseldorf, será responsable de todos los procedimientos incluyendo la determinación y el pago de prestaciones, si

1. fueron cumplidos o sean computables períodos de seguro de acuerdo con las legislaciones alemana y uruguaya, o
2. la persona beneficiaria tenga su residencia habitual en el territorio de la República Oriental del Uruguay, o
3. la persona beneficiaria de nacionalidad uruguaya tenga su residencia habitual fuera de los Estados Contratantes.

Esto será válido para prestaciones para la reinserción social y laboral solamente si se abonaran en el marco de un procedimiento de otorgamiento de prestación de pasividad en curso.

(4) Los organismos de enlace estarán autorizados, con la participación de las autoridades competentes, a acordar en el marco de sus competencias las medidas administrativas necesarias y adecuadas para la implementación de este Convenio, incluyendo el procedimiento para el reembolso y el pago de prestaciones dinerarias, así como la creación de un sistema de cotejo informático de datos sobre fallecimientos entre ambos Estados Contratantes.

(5) El párrafo 4 rige correspondientemente para los organismos designados por las autoridades competentes según el artículo 9 del presente Convenio.

Artikel 20**Währung und Umrechnungskurse**

(1) Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in der Währung des leistenden Trägers mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistungen zugrunde gelegt worden ist.

(2) Hat ein Träger eines Vertragsstaats an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats zu leisten.

Artikel 21**Erstattungen**

Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

Artikel 22**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie durch eine im beiderseitigen Einvernehmen gebildete gemeinsame Ad-hoc-Kommission geregelt.

Teil V

Übergangs- und Schlussbestimmungen**Artikel 23****Leistungsansprüche auf der Grundlage dieses Abkommens**

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und andere rechtserhebliche Sachverhalte berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(4) Wird ein Antrag auf eine Rente, auf die nur unter Anwendung dieses Abkommens Anspruch besteht, innerhalb von 24 Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so beginnt die Rente mit dem Kalendermonat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren, frühestens mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens.

(5) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können auf Antrag neu festgestellt werden, wenn sich aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt. Renten, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens festgestellt sind, können auch von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt der Tag, an dem der Träger eines Vertragsstaats das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

Artículo 20**Moneda y tipos de cambio**

(1) Las prestaciones dinerarias podrán ser efectuadas por una institución gestora de un Estado Contratante a una persona que se encuentre en el territorio del otro Estado Contratante, en la moneda de la institución pagadora y con efecto liberatorio. En la relación entre la institución gestora y el beneficiario es determinante para la conversión el tipo de cambio del día que sirvió de base para la transferencia de las prestaciones dinerarias.

(2) Si una institución gestora de un Estado Contratante tiene que efectuar pagos a una institución gestora del otro Estado Contratante, éstos se realizarán en la moneda del segundo Estado Contratante.

Artículo 21**Reembolsos**

En caso de que la institución gestora de un Estado Contratante haya pagado indebidamente prestaciones dinerarias, el importe pagado indebidamente podrá, de acuerdo con la legislación del otro Estado Contratante, ser retenido de otra prestación en favor de la institución gestora.

Artículo 22**Solución de controversias**

(1) Las autoridades competentes deberán resolver, en la medida de lo posible, las controversias entre ambos Estados Contratantes relativas a la interpretación o aplicación del presente Convenio.

(2) Si una controversia no puede ser resuelta de esta manera, deberá ser dirimida por una comisión ad hoc constituida de común acuerdo por ambos Estados Contratantes.

Título V

Disposiciones Transitorias y Finales**Artículo 23****Derechos a prestaciones emanados del presente Convenio**

(1) El presente Convenio no otorgará derechos a prestaciones con anterioridad a su entrada en vigencia.

(2) Al aplicarse el presente Convenio se tendrán en cuenta también los períodos de seguro cumplidos conforme a las legislaciones de los Estados Contratantes y otros hechos jurídicamente relevantes ocurridos con anterioridad a su entrada en vigencia.

(3) Las decisiones anteriores al Convenio no impedirán su aplicación.

(4) En el caso de que dentro del plazo de 24 meses posteriores a la entrada en vigencia del presente Convenio, sea presentada una solicitud de prestación de pasividad a la cual solo se tendría derecho aplicándose este Convenio, el derecho a la prestación de pasividad tendrá inicio en el mes calendario al comienzo del cual se hayan cumplido los requisitos necesarios para el reconocimiento del derecho a la prestación, pero no antes de la entrada en vigencia de este Convenio.

(5) Las prestaciones de pasividad determinadas antes de la entrada en vigencia del presente Convenio podrán ser recalculadas, previa solicitud, si de la aplicación de las disposiciones del Convenio resulta alguna alteración. Las prestaciones de pasividad determinadas antes de la entrada en vigencia del Convenio también podrán ser recalculadas de oficio. En estos casos, el día en el cual la institución gestora de un Estado Contratante da inicio al procedimiento será considerado como el día de presentación de la solicitud según la legislación del otro Estado Contratante.

(6) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 5 keine oder eine niedrigere Rente als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der bisherigen Höhe weiterzuzahlen.

Artikel 24
Protokoll

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 25

Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Montevideo, Republik Östlich des Uruguay ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

Artikel 26

Geltungsdauer und Kündigung

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es bis zum 30. September eines Kalenderjahres auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Die Kündigung wird am 1. Januar des auf die Kündigung folgenden Kalenderjahres wirksam.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluss eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Geschehen zu Berlin am 8. April 2013 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(6) Si del recálculo según el párrafo 5 no resultare ningún derecho a una prestación de pasividad o solo a una prestación de pasividad inferior a la que se pagaba antes de la fecha de entrada en vigencia del presente Convenio, se continuará pagando el valor de la prestación que se pagaba hasta esa fecha.

Artículo 24
Protocolo

El Protocolo adjunto es parte integrante del presente Convenio.

Artículo 25

Ratificación y entrada en vigencia

(1) El presente Convenio tendrá que ser ratificado. Los instrumentos de ratificación serán intercambiados a la mayor brevedad en Montevideo, República Oriental del Uruguay.

(2) El presente Convenio entrará en vigencia el primer día del tercer mes siguiente al de la fecha en que hayan sido intercambiados los instrumentos de ratificación.

Artículo 26

Vigencia y denuncia

(1) El presente Convenio tendrá duración indefinida. Cada Estado Contratante podrá denunciarlo por escrito, por vía diplomática, hasta el 30 de septiembre de cada año. La denuncia surtirá efecto el 1° de enero del año siguiente a la misma.

(2) Si el presente Convenio es denunciado y deja de tener vigencia, sus disposiciones seguirán siendo válidas para los derechos a prestaciones adquiridos hasta la denuncia. No se tendrá en consideración para estos derechos la legislación restrictiva sobre la exclusión de un derecho o sobre la suspensión o supresión de prestaciones debido a la residencia en el extranjero.

Hecho en Berlín el 8 de abril de 2013 en dos originales de idéntico tenor en idiomas alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania

Guido Westerwelle
Annette Niederfranke

Für die Republik Östlich des Uruguay
Por la República Oriental del Uruguay

Luis Leonardo Almagro Lemes
Alberto Antonio Guani Amarilla

**Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Östlich des Uruguay
über Soziale Sicherheit**

**Protocolo
relativo al Convenio de Seguridad Social
entre la República Federal de Alemania
y la República Oriental del Uruguay**

Bei der Unterzeichnung des Abkommens über Soziale Sicherheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay erklären die unterzeichnenden Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, dass Einvernehmen über Folgendes besteht:

1. Zu Artikel 1 Absatz 1 Nummer 9 des Abkommens:

Der gewöhnliche Aufenthalt ergibt sich aus dem tatsächlichen, rechtmäßigen und auf Dauer ausgerichteten Verweilen sowie dem Schwerpunkt der Lebensverhältnisse.

2. Zu Artikel 2 des Abkommens:

a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung gelten die besonderen Bestimmungen des Abkommens (Teil III) nicht.

b) Für die Republik Östlich des Uruguay erfasst der Begriff „beitragsabhängige Rentensysteme“

– die folgenden Umlagesysteme der Banco de Previsión Social (Bank für Sozialvorsorge), der Caja Notarial de Jubilaciones y Pensiones (Rentenkasse der Notare), der Caja de Jubilaciones y Pensiones Bancaria (Rentenkasse der Banken), der Caja de Jubilaciones y Pensiones de Profesionales Universitarios (Rentenkasse der selbstständigen Hochschulabsolventen), der Servicio de Retiro y Pensiones de las Fuerzas Armadas (Einrichtung für die Ruhestandsgelder und Pensionen der Streitkräfte) und der Dirección Nacional de Asistencia y Seguridad Social Policial (Nationaldirektion für die Unterstützung und Soziale Sicherheit der Polizei) sowie

– die individuellen Kapitaldeckungssysteme der Administradoras de Fondos de Ahorro Previsional (AFAP – Pensionsfondsverwaltungen) und der Versicherungsgesellschaften.

3. Zu Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens:

a) Ungeachtet des Artikels 2 Absatz 2 des Abkommens berücksichtigt

– der deutsche Träger soweit erforderlich auch Versicherungszeiten einer Person, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz zurückgelegt worden sind;

Al firmar el Convenio de Seguridad Social entre la República Federal de Alemania y la República Oriental del Uruguay, los apoderados firmantes de ambos Estados Contratantes declaran que reina mutua conformidad sobre lo siguiente:

1. Sobre el artículo 1 párrafo 1 numeral 9 del Convenio:

la residencia habitual de la persona resulta de su permanencia real, legal y duradera, y del lugar donde se concentren sus relaciones sociales.

2. Sobre el artículo 2 del Convenio:

a) Las disposiciones específicas del presente Convenio (Título III) no serán aplicables al seguro complementario de los obreros siderúrgicos existente en la República Federal de Alemania.

b) Para la República Oriental del Uruguay, el término “sistemas de jubilaciones y pensiones contributivas” comprende:

– los sistemas de reparto a cargo del Banco de Previsión Social, la Caja Notarial de Jubilaciones y Pensiones, la Caja de Jubilaciones y Pensiones Bancarias, la Caja de Jubilaciones y Pensiones de Profesionales Universitarios, el Servicio de Retiros y Pensiones de las Fuerzas Armadas y la Dirección Nacional de Asistencia y Seguridad Social Policial, así como

– los sistemas de capitalización individual a cargo de las Administradoras de Fondos de Ahorro Previsional (AFAP) y empresas aseguradoras.

3. Sobre el artículo 2 párrafo 2 del Convenio:

a) no obstante lo dispuesto en el artículo 2 párrafo 2 del Convenio

– la institución gestora alemana, en cuanto fuere necesario, considerará también los períodos de seguro cumplidos por una persona en otro Estado miembro de la Unión Europea, en otro Estado signatario del Acuerdo sobre el Espacio Económico Europeo o en Suiza.

– der uruguayische Träger soweit erforderlich auch Versicherungszeiten einer Person, die in einem anderen Unterzeichnerstaat des Iberoamerikanischen Multilateralen Abkommens über Soziale Sicherheit, in einem anderen Unterzeichnerstaat des Multilateralen Abkommens über Soziale Sicherheit des Mercosur oder in einem Staat, mit dem die Republik Östlich des Uruguay ein bilaterales Abkommen über Soziale Sicherheit geschlossen hat, zurückgelegt worden sind.

- b) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens nicht, soweit das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung Versicherungslastregelungen enthält, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines Staates übergegangen oder aus dessen Last abgegeben worden sind.

4. Zu Artikel 4 des Abkommens:

Für die Bundesrepublik Deutschland gilt Folgendes:

- a) Rechtsvorschriften, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- b) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Abkommen oder im überstaatlichen Recht bleiben unberührt.
- c) Sich gewöhnlich außerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufhaltende Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union, eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz haben, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung nur nach der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 berechtigt.
- d) Uruguayische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt; soweit sie sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind sie zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser Beitragszeiten für mindestens 60 Monate zurückgelegt haben. Dies gilt entsprechend für Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens der Vereinten Nationen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und für Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen, die sich im Hoheitsgebiet der Republik Östlich des Uruguay gewöhnlich aufhalten. Für die übrigen vom Abkommen erfassten Personen gilt Artikel 4 des Abkommens nicht für die freiwillige Versicherung in der deutschen Rentenversicherung. Günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

5. Zu Artikel 5 des Abkommens:

- a) Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Östlich des Uruguay erhalten eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach den deutschen Rechtsvorschriften nur, wenn der Leistungsanspruch unabhängig von der Arbeitsmarktlage besteht.
- b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt worden sind, bleiben unberührt.

– la institución gestora uruguaya, en cuanto fuere necesario, considerará también los períodos de seguro cumplidos por una persona en otro Estado signatario del Convenio Multilateral Iberoamericano de Seguridad Social, en otro Estado signatario del Acuerdo Multilateral de Seguridad Social del Mercosur o en un Estado con el cual la República Oriental del Uruguay hubiere celebrado un convenio bilateral de seguridad social.

- b) El artículo 2 párrafo 2 del Convenio no se aplicará para la República Federal de Alemania en cuanto el otro Convenio o la regulación supraestatal contengan acuerdos sobre la repartición de cargas de seguro según los cuales los períodos de seguro han pasado a estar definitivamente a cargo de un Estado o ya no están definitivamente a su cargo.

4. Sobre el artículo 4 del Convenio:

Respecto de la República Federal de Alemania, se aplicará lo siguiente:

- a) La legislación que garantice la participación de los asegurados y de los empleadores en los órganos de autonomía administrativa de las instituciones gestoras, al igual que en la jurisdicción sobre la Seguridad Social, no se verá afectada.
- b) Las disposiciones de convenios interestatales o de la regulación supraestatal sobre la repartición de cargas de seguro no se verán afectadas.
- c) Las personas que residan habitualmente fuera de la República Federal de Alemania y que posean la nacionalidad de un Estado miembro de la Unión Europea, de un Estado signatario del Acuerdo sobre el Espacio Económico Europeo o de Suiza tendrán el derecho a seguro voluntario en el régimen alemán de jubilaciones y pensiones exclusivamente en consonancia con el Reglamento (CE) n° 883/2004.
- d) Los nacionales uruguayos que residen habitualmente en el territorio de la República Federal de Alemania, tendrán derecho al seguro voluntario en el régimen alemán de jubilaciones y pensiones; si residen habitualmente fuera del territorio de la República Federal de Alemania, tendrán derecho al seguro voluntario en el régimen alemán de jubilaciones y pensiones, si hubiesen cumplido en éste períodos de cotización de por lo menos 60 meses. Esto se aplicará análogamente a los refugiados, conforme al Artículo 1 de la Convención de las Naciones Unidas sobre el Estatuto Jurídico de los Refugiados, del 28 de julio de 1951 y de su Protocolo del 31 de enero de 1967 sobre el Estatuto Jurídico de los Refugiados, y a los apátridas conforme al Artículo 1 de la Convención sobre el Estatuto Jurídico de los Apátridas, del 28 de septiembre de 1954, que residan habitualmente en el territorio de la República Oriental del Uruguay. Con respecto a las demás personas alcanzadas por el Convenio, el Artículo 4 del Convenio no es aplicable al seguro voluntario en el régimen alemán de jubilaciones y pensiones. Cualquier legislación interna más favorable mantiene su vigencia.

5. Sobre el artículo 5 del Convenio:

- a) Las personas con residencia habitual en el territorio de la República Oriental del Uruguay solo recibirán una prestación de pasividad por invalidez según la legislación alemana si el derecho a la prestación existiera independientemente de la correspondiente situación del mercado laboral.
- b) No se verá afectada la legislación alemana sobre prestaciones resultantes de períodos de seguro que no fueron cumplidos en el territorio de la República Federal de Alemania.

- c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen zur Teilhabe durch die Träger der Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte bleiben unberührt.
- d) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, bleiben unberührt.
- e) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland findet Artikel 5 Absatz 1 des Abkommens auch Anwendung auf Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens der Vereinten Nationen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und auf Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen sowie auf Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz haben, sowie auf Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einer der vorgenannten Personen ableiten.
- f) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland findet Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens auch Anwendung auf Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union, eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz haben, sowie auf Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einer der vorgenannten Personen ableiten.
6. Zu den Artikeln 6 bis 9 des Abkommens:
Untersteht eine Person nach den Artikeln 6 bis 9 des Abkommens
- a) den deutschen Rechtsvorschriften, so sind in gleicher Weise hinsichtlich dieser Beschäftigung in Bezug auf die Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung sowie die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung (Arbeitslosenversicherung) allein die deutschen Vorschriften anzuwenden, als wäre sie in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt;
- b) den uruguayischen Rechtsvorschriften, so sind in gleicher Weise hinsichtlich dieser Beschäftigung in Bezug auf die Kranken-, Mutterschafts- und Arbeitslosenversicherung allein die uruguayischen Vorschriften anzuwenden, als wäre sie in der Republik Östlich des Uruguay beschäftigt.
7. Zu Artikel 7 des Abkommens:
- a) Eine Entsendung in den anderen Vertragsstaat liegt insbesondere dann nicht vor, wenn die Tätigkeit der entsandten abhängig beschäftigten Person nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Entsendestaat entspricht oder die zum Zwecke der Entsendung eingestellte Person zu diesem Zeitpunkt ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Entsendestaat hat.
- b) Für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens bereits entsandt sind, beginnt der Zeitraum von 24 Monaten mit diesem Tag.
- c) Der Zeitraum von 24 Monate kann in Teilzeiträumen zurückgelegt werden.
8. Zu Artikel 9 des Abkommens:
Artikel 9 des Abkommens gilt unter anderem für
- eine abhängig beschäftigte Person eines Unternehmens mit Sitz in einem Vertragsstaat, die vorübergehend mehr als zwei Monate im Kalenderjahr bei einer rechtlich selbstständigen Beteiligungsgesellschaft dieses Unternehmens
- c) No se verá afectada la legislación alemana sobre prestaciones para la reinserción social y laboral por parte de las instituciones gestoras del seguro de jubilaciones y pensiones, ni sobre las prestaciones del seguro de vejez de los agricultores.
- d) No se verá afectada la legislación alemana que prevé la suspensión de los derechos a prestaciones del seguro de jubilaciones y pensiones para personas que han evadido un proceso penal pendiente en su contra radicándose en el extranjero.
- e) Respecto de la República Federal de Alemania, el artículo 5 párrafo 1 del Convenio también será aplicable a los refugiados conforme al Artículo 1 de la Convención de las Naciones Unidas sobre el Estatuto Jurídico de los Refugiados, del 28 de julio de 1951, y de su Protocolo del 31 de enero de 1967 sobre el Estatuto Jurídico de los Refugiados, y a los apátridas conforme al Artículo 1 de la Convención sobre el Estatuto Jurídico de los Apátridas, del 28 de septiembre de 1954, así como a las personas que posean la nacionalidad de un Estado miembro de la Unión Europea, de un Estado signatario del Acuerdo sobre el Espacio Económico Europeo o de Suiza, así como a titulares de derechos derivados de una de las personas arriba mencionadas.
- f) Respecto de la República Federal de Alemania el artículo 5 párrafo 2 del Convenio también será aplicable a las personas que posean la nacionalidad de un Estado miembro de la Unión Europea, de un Estado signatario del Acuerdo sobre el Espacio Económico Europeo o de Suiza, así como a titulares de derechos derivados de una de las personas arriba mencionadas.
6. Sobre los artículos 6 a 9 del Convenio:
Si una persona estuviese sometida, según los artículos 6 a 9 del Convenio:
- a) a la legislación alemana, en relación a la respectiva actividad laboral se aplicarán igualmente, en materia de los seguros de enfermedad, de dependencia y de accidentes, así como en relación con el seguro obligatorio según el derecho de promoción del empleo (seguro de desempleo), únicamente las disposiciones alemanas, como si estuviera empleada en la República Federal de Alemania.
- b) a la legislación uruguaya, en relación a la respectiva actividad laboral se aplicarán igualmente, en materia de seguros de salud, maternidad y desempleo, únicamente las disposiciones uruguayas, como si estuviera empleada en la República Oriental del Uruguay.
7. Sobre el artículo 7 del Convenio:
- a) El traslado al otro Estado Contratante no se considerará como tal especialmente cuando la actividad de la persona trasladada que desempeña una actividad laboral en relación de dependencia no corresponda al ámbito de actividades del empleador en el Estado de origen, o la persona contratada con el fin de ser trasladada no tenga en ese momento su residencia habitual en el Estado de origen.
- b) Para personas que ya se encuentren trasladadas en el día de entrada en vigencia del Convenio, el período de 24 meses comenzará a computarse a partir de esa misma fecha.
- c) Los 24 meses pueden cumplirse en períodos discontinuos.
8. Sobre el artículo 9 del Convenio:
El artículo 9 del Convenio regirá, entre otros, para:
- una persona que desempeña una actividad laboral en relación de dependencia en una empresa con domicilio social en un Estado Contratante, que esté empleada temporalmente más de dos meses por año calendario en una

mit Sitz im anderen Vertragsstaat beschäftigt wird und für diesen Zeitraum zu Lasten dieser Beteiligungsgesellschaft im Beschäftigungsstaat Arbeitsentgelt bezieht, und

- eine Person, die im Bereich der kulturellen, humanitären oder wissenschaftlichen Zusammenarbeit vorübergehend im anderen Vertragsstaat tätig ist.

9. Zu Artikel 24 des Abkommens:

Dieses Protokoll liegt dem heute unterzeichneten Abkommen bei.

entidad jurídicamente independiente vinculada a aquella empresa con domicilio social en el otro Estado Contratante y que durante este período reciba un salario a cargo de esa entidad en el Estado en el cual ejerce la actividad laboral, y

- una persona que desarrolla temporalmente una actividad en el ámbito de la cooperación cultural, humanitaria o científica en el otro Estado Contratante.

9. Sobre el artículo 24 del Convenio:

Se adjunta este Protocolo al Convenio suscrito en el día de hoy.

Vereinbarung
zur Durchführung des Abkommens vom 8. April 2013
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Östlich des Uruguay
über Soziale Sicherheit

Acuerdo
para la implementación del Convenio de Seguridad Social
firmado el 8 de abril de 2013
entre la República Federal de Alemania
y la República Oriental del Uruguay

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Östlich des Uruguay –

El Gobierno de la República Federal de Alemania
y
el Gobierno de la República Oriental del Uruguay

auf der Grundlage des Artikels 19 Absatz 1 des Abkommens vom 8. April 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über Soziale Sicherheit, im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

sobre la base del artículo 19 párrafo 1 del Convenio de Seguridad Social, firmado el 8 de abril de 2013 entre la República Federal de Alemania y la República Oriental del Uruguay, a continuación denominado “el Convenio”,

haben Folgendes vereinbart:

han acordado lo siguiente:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

In dieser Vereinbarung werden die im Abkommen enthaltenen Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2
Aufklärungspflichten

Den nach Artikel 19 Absatz 2 des Abkommens bestimmten Verbindungsstellen und den nach Artikel 9 des Abkommens von den zuständigen Behörden bezeichneten Stellen obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3
Mitteilungspflichten

(1) Die in Artikel 19 Absätze 2 und 5 sowie in Artikel 13 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus dem Abkommen, den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie dieser Vereinbarung ergeben.

Título I
Disposiciones generales

Artículo 1
Definiciones

A los efectos de este Acuerdo, los términos definidos en el Convenio tendrán el significado que en él se les asigna.

Artículo 2
Obligaciones de información

A los organismos de enlace determinados en el artículo 19 párrafo 2 del Convenio y a los organismos designados por las autoridades competentes según el artículo 9 del Convenio les corresponde, en el marco de sus competencias, brindar la información general a las respectivas personas, sobre los derechos y deberes según el Convenio.

Artículo 3
Obligaciones de comunicación

(1) Los organismos designados en el artículo 19 párrafos 2 y 5, así como en el artículo 13 del Convenio, tendrán en el marco de sus competencias, que comunicar y poner a disposición entre sí y a las personas interesadas los hechos y las pruebas que resulten necesarias para garantizar los derechos y obligaciones resultantes del Convenio, de la legislación mencionada en el artículo 2 párrafo 1 del Convenio, así como del presente Acuerdo.

(2) Hat eine Person nach dem Abkommen, nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in Bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaats oder nach dessen Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

(3) In Bezug auf Artikel 8 Absatz 2 des Abkommens hat der Arbeitgeber die getroffene Wahl in der Bundesrepublik Deutschland der Einzugsstelle und in der Republik Östlich des Uruguay der Banco de Previsión Social (Bank für Sozialvorsorge), Montevideo, mitzuteilen.

Artikel 4

Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

(1) Für die Durchführung der Artikel 7 und 9 des Abkommens erteilt die zuständige Stelle des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in Bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung darüber, dass für die abhängig beschäftigte Person und ihren Arbeitgeber oder für die selbstständig erwerbstätige Person diese Rechtsvorschriften gelten. Die Bescheinigung muss mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt in den Fällen des Artikels 7 des Abkommens der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin, diese Bescheinigung aus. In den Fällen des Artikels 9 des Abkommens stellt der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn, die Bescheinigung aus.

(3) Sind die uruguayischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt die Banco de Previsión Social (Bank für Sozialvorsorge), Montevideo, diese Bescheinigung aus.

Artikel 5

Zahlverfahren

Renten oder andere Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats werden unmittelbar ausgezahlt.

Artikel 6

Beitragsrückstände

Der Antrag auf Beitreibung von Beiträgen im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens erfolgt über

1. in der Bundesrepublik Deutschland
 - die Deutsche Rentenversicherung Rheinland, Düsseldorf,
 - die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin,
 - die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum, oder
 - die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel;
2. in der Republik Östlich des Uruguay
 - die Banco de Previsión Social (Bank für Sozialvorsorge), Montevideo.

(2) Cuando una persona, según el Convenio, la legislación mencionada en el artículo 2 párrafo 1 del Convenio o el presente Acuerdo, tenga la obligación de comunicar determinados hechos a la institución gestora o a otro organismo, esta obligación regirá también en relación a los hechos ocurridos en el territorio del otro Estado Contratante o según la legislación de este último. Esta obligación también será aplicable si una persona debiera proporcionar determinadas pruebas.

(3) En relación al artículo 8 párrafo 2 del Convenio, el empleador deberá comunicar la opción realizada, en la República Federal de Alemania, a la oficina recaudadora, y en la República Oriental del Uruguay, al Banco de Previsión Social.

Artículo 4

Certificación de la legislación aplicable

(1) A efectos de la implementación de los artículos 7 y 9 del Convenio, el organismo competente del Estado Contratante cuya legislación ha de aplicarse, previa solicitud, extenderá, en relación con la respectiva actividad laboral, una certificación que determine que la persona que desempeña una actividad en relación de dependencia y su empleador, o el trabajador independiente, se encuentran sujetos a su legislación. La certificación deberá indicar un período de validez determinado.

(2) Si se ha de aplicar la legislación alemana, en los casos del artículo 7 del Convenio la institución de seguro de enfermedad, a la cual se transfieren las cotizaciones al régimen de jubilaciones y pensiones, o en su defecto la Deutsche Rentenversicherung Bund (Seguro de Pensiones Alemán – Nacional), Berlín, extenderá esta certificación. En los casos del artículo 9 del Convenio la Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA) – (Federación Nacional de las Cajas de Seguro Obligatorio de Enfermedad, Organismo de Enlace Alemán del Seguro de Enfermedad – Extranjero), Bonn, extenderá la certificación.

(3) Si se ha de aplicar la legislación uruguaya, el Banco de Previsión Social, Montevideo, extenderá esta certificación.

Artículo 5

Procedimiento de pago

Las prestaciones de pasividad u otras prestaciones dinerarias pagaderas a personas que se encuentren en el territorio del otro Estado Contratante serán abonadas directamente.

Artículo 6

Cotizaciones pendientes de pago

La petición de cobro de cotizaciones en el ámbito de aplicación material del Convenio, se efectuará a través de:

1. En la República Federal de Alemania
 - Deutsche Rentenversicherung Rheinland (Seguro de Pensiones Alemán de Renania), Düsseldorf,
 - Deutsche Rentenversicherung Bund (Seguro de Pensiones Alemán – Nacional), Berlín,
 - Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (Seguro de Pensiones Alemán de los Mineros, Ferroviarios y Marineros), Bochum, o
 - Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (Seguro Social de la Agricultura, Silvicultura y Horticultura), Kassel;
2. En la República Oriental del Uruguay
 - Banco de Previsión Social, Montevideo.

Abschnitt II
Besondere Bestimmungen

Artikel 7
Statistiken

Die nach Artikel 19 Absatz 2 des Abkommens bestimmten Verbindungsstellen erstellen jährlich nach dem Stand vom 31. Dezember Statistiken über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der Zahlungen erstrecken, die nach Leistungsarten gegliedert sind. Das Nähere regeln die Verbindungsstellen.

Abschnitt III
Schlussbestimmung

Artikel 8
Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander mitgeteilt haben, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Diese Vereinbarung ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

Geschehen zu Berlin am 8. April 2013 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Título II
Disposiciones especiales

Artículo 7
Estadísticas

Los organismos de enlace determinados según el artículo 19 párrafo 2 del Convenio elaborarán anualmente estadísticas al 31 de diciembre, sobre los pagos realizados al territorio del otro Estado Contratante. Los datos deberán incluir, en la medida de lo posible, el número y el monto total de pagos, discriminados según tipo de prestaciones. Los detalles los regularán los organismos de enlace.

Título III
Disposición Final

Artículo 8
Entrada en vigencia y duración

(1) El presente Acuerdo entrará en vigencia en la fecha en la cual ambos Gobiernos se hayan comunicado mutuamente que se han cumplido todos los requisitos de su normativa nacional para la entrada en vigencia del Acuerdo. A tales efectos será determinante la fecha de recepción de la última comunicación.

(2) El presente Acuerdo será aplicable a partir de la misma fecha que el Convenio y tendrá igual duración.

Hecho en Berlín el 8 de abril de 2013 en dos originales de idéntico tenor, en idiomas alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Por el Gobierno de la República Federal de Alemania

Guido Westerwelle
Annette Niederfranke

Für die Regierung der Republik Östlich des Uruguay
Por el Gobierno de la República Oriental del Uruguay

Luis Leonardo Almagro Lemes
Alberto Antonio Guani Amarilla

**Bekanntmachung
des deutsch-kirgisischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 3. April 2014

Das in Bischkek am 9. November 2012 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Kirgisischen Republik
über Finanzielle Zusammenarbeit 2011 – 2012 ist nach
seinem Artikel 6

am 12. Dezember 2012

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 3. April 2014

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Marion Urban

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Kirgisischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit 2011 – 2012

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Kirgisischen Republik –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Kirgisischen Republik beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 29. September 2011 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Kirgisischen Republik oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgende Beträge zu erhalten:

1. Finanzierungsbeiträge von insgesamt 14 Millionen Euro für die Vorhaben
 - a) „Sektorprogramm Gesundheitswesen III“ bis zu 5 Millionen Euro,
 - b) „Mutter-Kind-Versorgung VI“ bis zu 4 Millionen Euro,
 - c) „Komponente Kommunale Infrastrukturfinanzierung III“ bis zu 5 Millionen Euro,

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahmen, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dienen, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen;

2. Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der folgenden Vorhaben:
 - a) für das „Sektorprogramm Gesundheitswesen III“ bis zu 500 000 Euro,
 - b) für die „Komponente Ländliches Mikrofinanzwesen II“ bis zu 1 Million Euro,
 - c) für die „Kommunale Infrastrukturfinanzierung III“ bis zu 500 000 Euro.

(2) Kann bei einem der in Absatz 1 Nummer 1 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Kirgisischen Republik, von der Kreditanstalt für

Wiederaufbau für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Kirgisischen Republik durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 1 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dient, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Kirgisischen Republik zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(5) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 1 Nummer 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen beziehungsweise der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Nummern 1 und 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2019.

(3) Die Regierung der Kirgisischen Republik, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(4) Die Regierung der Kirgisischen Republik, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Kirgisischen Republik stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Kirgisischen Republik erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Kirgisischen Republik überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Das im Abkommen vom 25. Mai 2004 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Kirgisischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit 2003 – 2004 genannte Vorhaben „Strukturanpassung Energieversorgung Bischkek“, für das bisher ein Finanzierungsbeitrag in Höhe von 4 Millionen Euro vorgesehen ist, wird durch das Vorhaben „Komponente Ländliches Mikrofinanzwesen II“ ersetzt, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Der in der Vereinbarung in Form eines Notenwechsels vom 14. Oktober 2009 und 13. September 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Kirgisischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit 2009 – 2010 für das Vorhaben „Schwerpunktprogramm Gesundheit – Komponente Aufbau eines nationalen Notfallsystems“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird mit einem Betrag von 3 Millionen Euro reprogrammiert und für das im Abkommen vom 25. Mai 2004 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Kirgisischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit 2003 – 2004 genannte Vorhaben „Aufbau eines nationalen Notfallsystems“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(3) Der in der Vereinbarung in Form eines Notenwechsels vom 14. Oktober 2009 und 13. September 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Kirgisischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit 2009 – 2010 für das Vorhaben „Kreditfazilität Erneuerbare Energie und Energieeffizienz“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird in Höhe

von 4 200 000 Euro reprogrammiert und zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a genannte Vorhaben „Sektorprogramm Gesundheitswesen III“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(4) Der in der Vereinbarung in Form eines Notenwechsels vom 14. Oktober 2009 und 13. September 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Kirgisischen Republik für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung des Vorhabens „Kreditfazilität Erneuerbare Energie und Energieeffizienz“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird in Höhe von 300 000 Euro reprogrammiert und zusätzlich für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung des in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a genannten Vorhabens „Sektorprogramm Gesundheitswesen III“ verwendet.

(5) Die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Beträge werden als Finanzierungsbeiträge gewährt, wenn bestätigt wurde, dass sie als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahmen, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dienen, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen. Andernfalls wird ein Darlehen gewährt.

(6) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Abkommens vom 25. Mai 2004 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Kirgisischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit 2003 – 2004 auch für das unter Absatz 1 genannte Vorhaben und die Bestimmungen des Notenwechsels vom 14. Oktober 2009 und 13. September 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Kirgisischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit 2009 – 2010 für die unter Absatz 2 bis 4 genannten Vorhaben.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Kirgisischen Republik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Bischkek am 9. November 2012 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Sräga

Für die Regierung der Kirgisischen Republik
Temir Sariev

**Bekanntmachung
über die vorläufige Anwendung
des Vertrages über den Waffenhandel**

Vom 8. April 2014

Zu dem Vertrag vom 2. April 2013 über den Waffenhandel (BGBl. 2013 II S. 1426, 1427) wird bekannt gemacht, dass seine Artikel 6 und 7 nach seinem Artikel 23 durch die

Bundesrepublik Deutschland mit Wirkung vom 2. April 2014 vorläufige Anwendung finden.

Die entsprechende Erklärung wurde gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Vertrages bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde der Bundesrepublik Deutschland am 2. April 2014 abgegeben.

Die Artikel 6 und 7 des Vertrages finden nach seinem Artikel 23 durch

Antigua und Barbuda mit Wirkung vom 12. August 2013

Dänemark* mit Wirkung vom 2. April 2014
vorbehaltlich einer Erklärung zur Nichtanwendbarkeit des Vertrages auf
Grönland und die Färoer

Estland mit Wirkung vom 2. April 2014

Finnland mit Wirkung vom 2. April 2014

Island mit Wirkung vom 2. Juli 2013

Lettland mit Wirkung vom 2. April 2014

Mexiko mit Wirkung vom 25. September 2013

Norwegen mit Wirkung vom 12. Februar 2014

Serbien mit Wirkung vom 12. August 2013

Slowakei mit Wirkung vom 2. April 2014

Spanien mit Wirkung vom 3. Juni 2013

Trinidad und Tobago mit Wirkung vom 25. September 2013

Ungarn mit Wirkung vom 2. April 2014

Vereinigtes Königreich mit Wirkung vom 2. April 2014

vorläufige Anwendung.

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Vertrag, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 8. April 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens über sichere Container (CSC)**

Vom 8. April 2014

Das Internationale Übereinkommen vom 2. Dezember 1972 über sichere Container (CSC) (BGBl. 1985 II S. 1009, 1010; 1993 II S. 754, 755; 2013 II S. 1074, 1076) wird nach seinem Artikel VIII Absatz 2 für

Uruguay am 25. November 2014
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Dezember 2010 (BGBl. 2011 II S. 15).

Berlin, den 8. April 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von 2000
über Vorsorge, Bekämpfung und Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Verschmutzung durch gefährliche und schädliche Stoffe**

Vom 8. April 2014

Das Protokoll von 2000 vom 15. März 2000 über Vorsorge, Bekämpfung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verschmutzung durch gefährliche und schädliche Stoffe (BGBl. 2007 II S. 1434, 1435) ist nach seinem Artikel 15 Absatz 3 für

Malaysia am 28. Februar 2014
Türkei am 3. Dezember 2013
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. April 2012 (BGBl. II S. 550).

Berlin, den 8. April 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens der Vereinten Nationen
zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder
Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika**

Vom 10. April 2014

Das in Paris am 14. Oktober 1994 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (BGBl. 1997 II S. 1468, 1471), wird nach seinem Artikel 36 Absatz 2 für

Südsudan am 18. Mai 2014
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 8. April 2013 (BGBl. II S. 555).

Berlin, den 10. April 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens
über die Ausübung von Kinderrechten**

Vom 10. April 2014

Das Europäische Übereinkommen vom 25. Januar 1996 über die Ausübung von Kinderrechten (BGBl. 2001 II S. 1074, 1075) wird nach seinem Artikel 21 Absatz 4 für

Portugal* am 1. Juli 2014
nach Maßgabe einer Erklärung nach Artikel 1 Absatz 4 des Übereinkommens
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. Februar 2012 (BGBl. II S. 147).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar.

Berlin, den 10. April 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Zweiten Fakultativprotokolls
zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte
zur Abschaffung der Todesstrafe**

Vom 11. April 2014

Das Zweite Fakultativprotokoll vom 15. Dezember 1989 zu dem Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe (BGBl. 1992 II S. 390, 391) wird nach seinem Artikel 8 Absatz 2 für

Gabun am 2. Juli 2014
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. Oktober 2013 (BGBl. II S. 1527).

Berlin, den 11. April 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
des deutsch-nicaraguanischen Abkommens
über die freie Ausübung einer Erwerbstätigkeit
von Familienangehörigen des Personals
einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung**

Vom 15. April 2014

Das in Berlin am 16. Mai 2013 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua über die freie Ausübung einer Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen des diplomatischen, konsularischen und Verwaltungs-/technischen Personals einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung ist nach seinem Artikel 8 Absatz 1

am 23. September 2013
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 15. April 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Götz Schmidt-Bremme

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Nicaragua
über die freie Ausübung einer Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen
des diplomatischen, konsularischen und Verwaltungs-/ technischen Personals
einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Nicaragua,

im Folgenden als „die Vertragsparteien“ bezeichnet, –

von dem Wunsch geleitet, die freie Ausübung einer Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen von Mitgliedern einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu erlauben –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Den Familienangehörigen von Mitgliedern einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Nicaragua und der Republik Nicaragua in der Bundesrepublik Deutschland wird nach Erteilung der entsprechenden Genehmigung nach diesem Abkommen die Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat zu den Bedingungen gestattet, die für die Staatsangehörigen des Empfangsstaats gelten.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Abkommens:

1. „Mitglied einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung“ bezeichnet das Personal des Entsendestaats, das weder die Staatsangehörigkeit des Empfangsstaats hat noch in ihm dauerhaft lebt und das in den Empfangsstaat entsendet wird, um ein offizielles Amt in einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung auszuüben;
2. „Familienangehöriger des Mitglieds einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung“ bezeichnet folgende wirtschaftlich abhängige Personen, die in ständiger häuslicher Gemeinschaft mit dem Mitglied der diplomatischen oder konsularischen Vertretung leben:
 - a) den Ehepartner oder die Ehepartnerin nach den Gesetzen des Empfangsstaats
 - b) die ledigen minderjährigen Kinder oder die ledigen Kinder unter 25 Jahren, die von ihren Eltern wirtschaftlich abhängig sind und die an von beiden Staaten anerkannten Hochschulen studieren, und
 - c) die ledigen Kinder, für deren Lebensunterhalt die Eltern aufkommen und die an einer körperlichen oder geistigen Behinderung leiden, aber arbeitsfähig sind.
3. „Erwerbstätigkeit“ jede selbständige oder unselbständige Berufstätigkeit einschließlich der Berufsausbildung.

Artikel 3

Verfahren

(1) Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit wird den Familienangehörigen nach Artikel 2 gestattet, im Empfangsstaat eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Hierfür ist vorab die Genehmigung der

zuständigen Behörden des Empfangsstaates einzuholen, für die von der entsprechenden Botschaft in Vertretung des Familienangehörigen ein Antrag bei der Protokollabteilung des Außenministeriums des Empfangsstaats zu stellen ist. In dem Antrag sind die gewünschte Erwerbstätigkeit, Angaben zum potenziellen Arbeitgeber und weitere, in den einschlägigen Verfahren und Formularen der entsprechenden Behörde geforderte Informationen aufzuführen. Die zuständigen Behörden des Empfangsstaats unterrichten nach Prüfung, ob die betreffende Person unter die in diesem Abkommen festgelegten Kategorien fällt, und unter Berücksichtigung der geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften offiziell die Botschaft des Entsendestaats über die Protokollabteilung des Außenministeriums des Empfangsstaats darüber, dass der Person die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nach Maßgabe der anzuwendenden Rechtsvorschriften des Empfangsstaats genehmigt wird.

(2) Die diplomatische Vertretung des Entsendestaats zeigt der Protokollabteilung des Außenministeriums des Empfangsstaats die Aufnahme und die Beendigung der Erwerbstätigkeit des Familienangehörigen an.

(3) Wünscht der Familienangehörige nach Erhalt der Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit den Arbeitgeber zu einem späteren Zeitpunkt zu wechseln, so ist erneut ein Antrag auf Genehmigung zu stellen.

(4) Die Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit des Familienangehörigen schließt keinerlei Befreiung von Anforderungen, Verfahren oder Besteuerung ein, die normalerweise für jede Beschäftigung gelten, weder in Hinblick auf persönliche Eigenschaften noch auf berufliche, arbeitsrechtliche oder sonstige Qualifikationen. Bei Berufen, die besondere Qualifikationen erfordern, ist der Familienangehörige nicht von der Erfüllung der anwendbaren Anforderungen befreit.

(5) Die Genehmigung kann in Fällen, bei denen aus Sicherheitsgründen nur Staatsangehörige des Empfangsstaats eingestellt werden können, abgelehnt werden.

(6) Die Genehmigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat endet zu dem Zeitpunkt, zu dem das Mitglied einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung seine Aufgaben gegenüber dem Entsendestaat beendet. Sollte eine Fortsetzung der Erwerbstätigkeit gewünscht sein, ist die Genehmigung den innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Empfangsstaats anzupassen.

(7) Die Bestimmungen dieses Abkommens können nicht als Anerkennung von Titeln, Abschlüssen oder Studienleistungen zwischen beiden Staaten ausgelegt werden.

Artikel 4

Immunität von der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit

Genießen Familienangehörige nach dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen und anderen anwendbaren internationalen Übereinkünften Immunität von der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaats, so gilt diese Immunität nicht für Handlungen oder Unter-

lassungen im Zusammenhang mit der Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

Artikel 5

Immunität von der Strafgerichtsbarkeit

(1) Genießen Familienangehörige nach dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen oder anderer anwendbarer internationaler Übereinkünfte Immunität von der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaats:

1. finden die Bestimmungen über die Immunität von der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaats in Bezug auf jegliche Handlung im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit weiterhin Anwendung.
2. Wird jedoch in Ausübung der Erwerbstätigkeit eine Straftat begangen, hat der Entsendestaat auf schriftlichen Antrag des Empfangsstaats den Verzicht auf die Immunität von der Strafgerichtsbarkeit des betroffenen Familienangehörigen im Empfangsstaat ernsthaft zu erwägen.
3. Verzichtet der Entsendestaat nicht auf die Immunität des betroffenen Familienangehörigen, so wird er eine von diesem begangene Straftat seinen Strafverfolgungsbehörden unterbreiten. Der Empfangsstaat ist über den Ausgang des Strafverfahrens zu unterrichten.
4. Der Familienangehörige kann im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit als Zeuge vernommen werden, es sei denn, der Entsendestaat ist der Auffassung, dass dieses seinen Interessen zuwiderliefe.

Artikel 6

Steuer- und Sozialversicherungssystem

Familienangehörige unterliegen im Hinblick auf ihre Erwerbstätigkeit dem Steuer- und Sozialversicherungssystem des Empfangsstaats, sofern nicht andere völkerrechtliche Übereinkünfte dem entgegenstehen.

Artikel 7

Streitbeilegung

Streitigkeiten hinsichtlich Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch direkte Verhandlungen beider Parteien auf diplomatischem Wege beigelegt.

Artikel 8

Inkrafttreten, Geltungsdauer und Kündigung

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Nicaragua der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

(2) Dieses Abkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft. Es kann jedoch von jeder Vertragspartei jederzeit schriftlich auf diplomatischem Weg gekündigt werden. In diesem Fall verliert es seine Gültigkeit sechs Monate nach Empfang der entsprechenden Kündigungsnote.

Geschehen zu Berlin am 16. Mai 2013 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Guido Westerwelle

Für die Regierung der Republik Nicaragua

Samuel Santos López

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Bergung**

Vom 15. April 2014

Das Internationale Übereinkommen von 1989 vom 28. April 1989 über Bergung (BGBl. 2001 II S. 510, 511) wird nach seinem Artikel 29 Absatz 2 für

Jamaika am 28. November 2014
nach Maßgabe folgenden Vorbehalts

(Übersetzung)

“Upon acceding to the International Convention on Salvage, 1989 the Government of Jamaica, in accordance with article 30(1)(d) reserves the right not to apply the provisions of this Convention when the property involved its maritime cultural property of prehistoric, archaeological or historic interest and is situated on the sea-bed.”

„Beim Beitritt zum Internationalen Übereinkommen von 1989 über Bergung behält sich die Regierung von Jamaika im Einklang mit Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe d das Recht vor, das Übereinkommen nicht anzuwenden, wenn es sich bei den betroffenen Vermögensgegenständen um Kulturgut des Meeres von prähistorischer, archäologischer oder historischer Bedeutung handelt und sie sich auf dem Meeresboden befinden.“

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 6. Juni 2012 (BGBl. II S. 718).

Berlin, den 15. April 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Götz Schmidt-Bremme

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht**

Vom 16. April 2014

Die Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht vom 31. Oktober 1951 in der Fassung vom 30. Juni 2005 (BGBl. 2006 II S. 1417, 1418) ist nach ihrem Artikel 2 Absatz 3 für

Singapur am 9. April 2014
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. November 2013 (BGBl. II S. 1572).

Berlin, den 16. April 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Götz Schmidt-Bremme

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 52,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 4,25 € (3,20 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels

Vom 16. April 2014

Das Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Bekämpfung des Menschenhandels (BGBl. 2012 II S. 1107, 1108) wird nach seinem Artikel 42 Absatz 4 für

Griechenland am 1. August 2014
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. Dezember 2013 (BGBl. 2014 II S. 85).

Berlin, den 16. April 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schmidt-Bremme